



Bundesregierung plant Pro-Fracking-Gesetz. BUND: Risiken inakzeptabel

Bundesregierung plant Pro-Fracking-Gesetz. BUND: Risiken inakzeptabel
Für den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sind die Pläne der Bundesregierung, die riskante Gasförderungsmethode Fracking in großen Tiefen noch in diesem Jahr erlauben zu wollen, "ein klarer Fall von vorauseilendem Gehorsam gegenüber internationalen Energiekonzernen". Diese wollten spätestens mit dem transatlantischen Handelsabkommen TTIP die Schiefergasförderung in Deutschland durchsetzen, sagte die BUND-Energieexpertin Ann-Kathrin Schneider. Sie warf der Bundesregierung vor, die inakzeptablen Risiken des Einsatzes hochgiftiger Chemikalien beim Fracking zu unterschätzen. Das ergebe sich aus der heute bekannt gewordenen Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen. "Fracking gefährdet die Grund- und Trinkwasservorkommen in Deutschland. Fracking gefährdet die Gesundheit der Bevölkerung und Fracking ist lediglich eine weitere Methode, um das System der fossilen Energieerzeugung am Laufen zu halten", sagte Schneider. "Die vielen mit Fracking verbundenen Risiken lassen sich nur vermeiden, wenn die Bundesregierung diese Gasförderungsmethode in jeder Variante verbietet", so Schneider. "Erforderlich sei stattdessen ein schnellerer Ausstieg aus den Energieträgern Atomkraft, Kohle, Öl und Gas und ein konsequenter Umstieg auf erneuerbare Energien. "Fracking schadet dem Klimaschutz. Die Bundesregierung weiß, dass Deutschland seine anvisierten Klimaziele nur erreichen kann, wenn es sich konsequenter als bisher von fossilen Energiequellen verabschiedet und die Energieverschwendung eindämmt", sagte Schneider. "Gegen Fracking spreche auch, dass hierzulande mit dieser Methode förderbares Gas nur einen Bruchteil des Verbrauchs in Deutschland decken könne. "Es ist der falsche Weg, viele hundert Millionen Euro in eine Technologie zu investieren, die lediglich einen kurzen Zeitraum überbrückt und den Ausstieg aus fossilen Energien verzögert", sagte Schneider.
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 / 27 58 64 - 0
Telefax: 030 / 27 58 64 - 40
Mail: bund@bund.net
URL: <http://www.bund.net>  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=574377 width="1" height="1">

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.